

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 1

Artikel: Ein polnischer Vorschlag und die Vorstellung der SPS :
Wirtschaftskonzepte im Vergleich
Autor: Jans, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fen wir an die Sektionen appellieren, die Antragsrechte differenzierter und sorgfältiger wahrzunehmen. Denn wer nicht einmal in seiner Sektion wirklich Gehör findet, soll mit seinen «Spezialitäten» nicht den Parteitag ersatzweise auf die Probe stellen.

Resolutionenflut!

Gute alte Zeit: Am Schluss des Parteitages wird nach gründlicher Diskussion nicht nur eine Resolution verabschiedet, die Öffentlichkeit nimmt davon sogar wirklich Kenntnis, denn die Resolution als Stellungsbezug zu einem aktuellen Anlass wird praktisch von allen Medien auch gebührend verbreitet.

Und heute: Über ein Dutzend Resolutionsentwürfe werden eingereicht, abgehakt und umgeblättert. Man nimmt mit mehr oder weniger Echo zu allen innen- und aussenpolitischen Themen Stellung. Nicht dass darin inhaltlich etwas daneben gegangen wäre. Nein, *das Instrument der Resolution wird durch die Vielzahl stumpf*. Man stösst sich nicht einmal mehr an möglichen Schwächen oder Widersprüchen. Was soll's, wer liest sie überhaupt noch nach der Beschlussfassung, abgedruckt werden sie in dieser Vielfalt nicht einmal mehr in der Parteipresse. Schade um die Resolutionen, schade um die Anliegen. Mein Vorschlag: Zukünftige Parteitage

verabschieden nur noch maximal drei Resolutionen. Aus den möglichen vielen verschiedenen Vorschlägen müsste eine Auswahl getroffen, Prioritäten gesetzt werden. Damit könnte der Parteitag echte politische Entscheide fällen, denn wer für alles ist, ist auch für nichts! Ich höre schon Stimmen, die derartige Beschränkungen als Einschränkung und die dazu nötigen Ausmarchungen als Zumutung bezeichnen werden. Trotzdem, wer nicht nur alles uns Gemeinsame im (Resolutions-) Ritual laufend bestätigen will, muss durch Auswahlentscheide auch Prioritäten setzen. Ansonsten mangelt es dem Parteitag auch nicht an Mut. Es lebe der nächste SPS-Parteitag.

Ein polnischer Vorschlag und die Vorstellungen der SPS

Wirtschaftskonzepte im Vergleich

Eine Untersuchung von Armin Jans

Nach dem Danziger Abkommen vom August 1980 bis zur Machtübernahme der Militärs im Dezember 1981 gab es in Polen eine sehr intensive öffentliche Debatte über die Neuordnung der Wirtschaft. Das am weitesten ausgearbeitete und in sich geschlossenste Reformkonzept stammte von einer Gruppe von Wissenschaftern um Leszek Balcerowicz. Dieses Konzept wird in diesem Beitrag im Anschluss an einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Reformdebatte vorgestellt. Anschliessend wird es mit den von der SPS entwickelten Reformvorstellungen verglichen. Zum Schluss sollen einige allgemeine Folgerungen gezogen werden.

Kapitel I

Zum Ablauf der polnischen Reformdiskussion

Die Balcerowicz-Gruppe erarbeitete ihr Konzept an der Warschauer Hochschule für Planung und Statistik in den Jahren 1978 bis 1980. Vom Institut für grundlegende Probleme des Marxismus-Leninismus beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ins Leben gerufen, sollte sich nach

Meinung jenes Establishments, welches nach dem Scheitern von Giereks überzogenem Modernisierungsprogramm ernsthaft nach neuen Wegen suchte, Rezepte zur Stabilisierung des kriegengeschüttelten Systems erarbeiten. Allerdings erlegte sich die Gruppe bei ihrer Arbeit keinerlei Einschränkungen politischer oder anderer Art auf und gelangte demzufolge zu radikalen Vorschlägen, die bis Ende 1980 unter dem Titel «Die Wirtschaftsreform – ihre Richtlinien

und Verwirklichungsweise» publizierte.

Unter dem Druck der sich seit Sommer 1980 zuspitzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, aber auch zur Markierung einer eigenen Position gerade gegenüber der Balcerowicz-Gruppe sah sich die Regierung veranlasst, im Januar 1981 ein eigenes Reformprojekt vorzulegen. Die breite öffentliche Diskussion, die sich daran anschloss, bewog die Regierung, ihr Projekt dem der Balcerowicz-Gruppe anzunähern. Diese erarbeitete im Verlauf des Jahres 1981 ihrerseits detaillierte Vorschläge, wie ihr Reformkonzept in die Praxis umgesetzt werden könnte. Reformkonzept und Umsetzungsvorschläge liegen seit Sommer 1984 in deutscher Übersetzung vor¹; ihre wichtigsten Aspekte werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.

Die zweite Version des Regierungsprojekts wurde 1981 vom 9. Kongress der PVAP und danach vom Parlament als Grundlage der Wirtschaftsreform gebilligt. Am 1. Juli 1982 sind mehrere Wirtschaftsreformgesetze in Kraft getreten, die erreichten Zugeständnisse bezüglich der Demokratisierung der Wirtschaft wurden indessen nach Ausrufung des Kriegsrechts widerrufen².

Kapitel II

Das Balcerowicz-Konzept

2.1 Diagnose als Ausgangspunkt

Ausgangspunkt der Überlegungen bildeten nicht etwa theoretische Modelle oder praktische Reform Erfahrungen aus anderen Ländern, sondern eine Analyse der polnischen Wirtschaft. Diese gelangt zum Schluss, dass das System fehlerhafte Entscheidungen auf allen Stufen fördert, die Verschwendung ermutigt und zu wenig Anreize für rationelles Arbeiten und gesellschaftlich nützliche Innovationen bietet. Daraus resultieren eine niedrige Effizienz der Produktion und damit auch eine ungenügende Versorgung der Bevölkerung. Diese dem System innewohnenden Mängel werden in erster Linie auf zwei Systembausteine zurückgeführt, die zentrale Lenkung der Wirtschaft mittels des Befehls-Zuteilungs-Mechanismus und die zugehörige Organisationsstruktur, vor allem den zentralen Verwaltungsapparat. An diesen beiden Bausteinen wird denn auch im Reformkonzept angesetzt.

2.2 Zwecke der Reform

Das reformierte Wirtschaftssystem soll einerseits ökonomisch leistungsfähig sein und andererseits die Teilnahme der Gesellschaft an der Leitung von Staat und Wirtschaft bei gerechter Verteilung der Einkommen er-

möglichen. Mehr Effizienz und mehr Demokratie schlossen einander nicht aus, vielmehr ergänzten sie sich in vielen Aspekten. Für mögliche negative Folgen der Reform werden zudem Auffangmassnahmen vorgesehen.

2.3 Zwei Hauptfehler der Reform

Zum ersten soll die bisherige Wirtschaftslenkung mittels zentraler Pläne, die auf materiellen Güterbilanzen beruhen, durch ein *Zusammenspiel von Markt und Plan* ersetzt werden. Dieses Zusammenspiel wird differenziert, je nach dem, ob es sich um Banken, wirtschaftliche Infrastrukturbetriebe (Verkehr, Energie, Nachrichtenwesen, Wasserversorgung usw.) oder um andere Betriebe (sog. Konkurrenzsektor) handelt. Zum zweiten sind die Betriebe durch Einbezug der Belegschaft wie auch die Wirtschaftsplanung durch Teilnahme von gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Konsumentenorganisationen usw.) zu demokratisieren.

2.4 Betriebsorganisation

Sieht man von den Genossenschaften und den (in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Detailhandel zugelassenen) Privatbetrieben ab, werden zwei Organisationsformen unterschieden:

1. die *Selbstverwaltungs-Variante*, bei der die Belegschaft und die von ihr gewählten Organe für alle betrieblichen Entscheidungen zuständig sind;
2. die *Aufsichtsrats-Variante*, bei der im obersten Leitungsgremium neben Vertretern der Belegschaft auch solche des Staates, der Banken, der Konsumenten sowie der wichtigen Anbieter und Abnehmer mitwirken.

Während der Selbstverwaltungs-Variante für den Konkur-

renzsektor der Vorzug gegeben wird, wird die Aufsichtsrats-Variante für Infrastrukturbetriebe und die Banken als geeignet erachtet. Dabei wird die «Einführung und Gewährleistung einer dauerhaft differenzierten und flexiblen Organisationsstruktur» zur Überwindung der bisherigen, starr hierarchischen und gleichförmigen Struktur als einer der entscheidenden Punkte der Wirtschaftsreform bezeichnet.

2.5 Die Rolle des Marktes

Die Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben des Konkurrenzsektors untereinander wie auch mit den privaten Haushalten werden nicht mehr über den Plan gesteuert, sondern dem Markt überlassen. Dies bedeutet, dass sich die zugehörigen Preise gemäss Angebot und Nachfrage bilden. Unrentable Betriebe sind aufzugeben, es sei denn, sie könnten mittels einer befristeten staatlichen Finanzhilfe saniert werden. Der Staat sorgt für einen freien Marktzugang und kontrollierte Betriebszusammenschlüsse, damit der Wettbewerb nicht verfälscht wird.

Die wirtschaftlichen Infrastrukturbetriebe sind demgegenüber weniger autonom. Insbesondere unterliegen die Preise ihrer Güter und Dienstleistungen wie auch ihre Investitionstätigkeit einer staatlichen Kontrolle. Dafür sind sie nicht gezwungen, Gewinne zu erzielen, sondern erhalten im Rahmen ihres Leistungsauftrages und ihrer Auflagen staatliche Subventionen.

Die Geschäftsbanken schliesslich sollen zwar miteinander konkurrieren und Gewinne erzielen, dabei aber im Sinne der staatlichen Wirtschaftspolitik, insbesondere der im Wirtschaftsplan anvisierten Strukturpolitik (Stichwort: Investitionslenkung), agieren.

2.6 Die Rolle des Plans

Die gesamtwirtschaftlichen Pläne sollen möglichst wenig auf zentraler Ebene regeln (Subsidiaritätsprinzip) und ausschliesslich mit Anreizen, nicht aber mit dirigistischen Eingriffen arbeiten. Detaillierungsgrad und Verbindlichkeit der Pläne sollen nach Sektor differenziert werden, am weitesten soll die Planung im Forschungs- und Infrastrukturbereich sowie bei der Verteilung von Krediten auf die einzelnen Branchen und Regionen getrieben werden.

Spezielle Beachtung verdienen die Massnahmen zur Investitionslenkung:

1. Im **Konkurrenzsektor** müssen sich die Unternehmen die Investitionsmittel grundsätzlich selber (in Form von Gewinnen) erarbeiten. Ein differenziertes System von direkten Steuern auf dem Gewinn, auf den ausbezahlten Löhnen und den vorgenommenen Investitionen soll das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen im Gleichgewicht halten. Zur branchenmässigen und regionalen Steuerung können zudem der zentrale Investitionsfonds und die Kreditvergabe über das Bankensystem eingesetzt werden.
2. Die **wirtschaftlichen Infrastrukturbetriebe** haben ihre Pläne den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen. Deshalb und aufgrund der staatlichen Preiskontrolle erhalten sie Subventionen zur Finanzierung ihrer Investitionen.

Grundsätzlich sollen die Betriebe, die Gewerkschaften und die Konsumentenorganisationen als Partner des Staats an der Planung teilnehmen. Der zentrale Planungsapparat ist personell stark zu verringern und zu einem Stabs- und Koordinationsorgan umzugestalten. Eine entscheidende Rolle kommt dem natio-

naln Parlament zu. Es legt die Grundsätze der Planung und deren programmatischen Schwerpunkte fest und wirkt im Planungsprozess über seine obligatorisch zu konsultierenden Kommissionen laufend mit. Bezüglich Grundsatzfragen wird schliesslich die Einführung einer Volksabstimmung erwogen.

Kapitel III

Vergleich der Reformkonzepte

Ein Vergleich des Balcerowicz-Konzepts mit den Reformvorstellungen der SPS ist insofern schwierig, als (abgesehen vom Parteiprogramm) keine offiziellen SPS-Parteidokumente vorliegen. Was im folgenden als «SPS-Wirtschaftskonzept» bezeichnet wird, stellt also keine kanonisierte Parteimeinung, sondern lediglich eine Konkretisierung des Parteiprogramms dar, wie sie vor allem von der Zürcher Ökonomengruppe entwickelt wurde³.

3.1 Betriebliche Ebene

Die beiden Konzepte werden bezüglich Eigentum an den Produktionsmitteln, Zusammensetzung des Leitungsorgans und Arbeitsorganisation verglichen. Dabei ergeben sich folgende Unterschiede (vgl. Tabelle 1):

1. Wichtigster Eigentümer verbleibt im Balcerowicz-Konzept nach wie vor der Staat, während die SPS vorrangig für eine Neutralisierung des Kapitals plädiert. Der Stellenwert des Privateigentums ist bei der SPS zudem höher.
2. Bei der Zusammensetzung der Leitungsorgane gibt das Balcerowicz-Modell den Belegschaften etwas mehr Gewicht als die SPS, bei der das Aufsichtsratsmodell überwiegt (obligatorisch für Betriebe ab 200 Beschäftigten mit heute

ca. 30% der Erwerbstätigen).

3. Bei der Arbeitsorganisation betont das Balcerowicz-Konzept die Differenzierung und Flexibilität der Organisationsstruktur, während für die SPS die Humanisierung der einzelnen Arbeitsplätze im Vordergrund steht.

Als bedeutendster Unterschied ist der dritte und letzte zu sehen. Offenbar scheint für die Balcerowicz-Gruppe die Arbeitsplatzgestaltung und die damit verbundenen Motivationsmöglichkeiten von untergeordneter Bedeutung zu sein, da sie dazu überhaupt keine Aussagen macht. Demgegenüber ist die Frage nach dem juristischen Eigentümer von selbstverwalteten Betrieben in beiden Konzepten von untergeordneter Bedeutung, da dem Eigentümer nur beschränkte Verfügungs-, nicht aber Nutzungsrechte am Produktivvermögen zustehen.

3.2 Gesamtwirtschaftliche Ebene

In Tabelle 2 sind die beiden Konzepte bezüglich Planungsprozess und Instrumente der Investitionslenkung gegenübergestellt. Auffallend ist die weitgehende Übereinstimmung bei der Verteilung der Planungsrollen. Im Zentrum steht jeweils das nationale Parlament, daneben wirken die Regierung und die wirtschaftlichen Organisationen mit. Einzig bei der Rolle des Volkes ergibt sich ein kleiner Unterschied: Während im Balcerowicz-Konzept Referenden lediglich erwogen werden, sind sie bei der SPS für den langfristigen Perspektiv- und den Legislaturplan zwingend vorgeschrieben.

Grössere Abweichungen sind bei der *Investitionslenkung* festzustellen. Einmal erscheint das Balcerowicz-Konzept stärker nach Sektoren orientiert als das der SPS. Auch räumt es

Tabelle 1: Vergleich auf betrieblicher Ebene

	Balcerowicz-Konzept	SPS-Wirtschaftskonzept
1. Eigentümer der Produktionsmittel <ul style="list-style-type: none"> - wichtigster - zweitwichtigster - drittwichtigster 	Staat * Genossenschaften Private	neutralisiertes Kapital * Private Staat
2. Zusammensetzung des Leitungsorgans <ul style="list-style-type: none"> - Hauptmodell - Nebenmodelle 	nur BV a) BV plus Externe b) Genosschafter c) staatliche Organe d) nur Private	BV plus Externe a) nur BV b) Mitbestimmung c) nur Kapitaleigentümer d) staatliche Organe
3. Arbeitsorganisation <ul style="list-style-type: none"> - am Arbeitsplatz - ganzer Betrieb 	- Differenzierung und Flexibilität	Humanisierung (selbst-gesteuerte Gruppen usw.) Dezentralisierung

BV = Belegschaftsvertreter

* nur beschränkte Verfügungsrechte des juristischen Eigentümers

Tabelle 2: Vergleich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

	Balcerowicz-Konzept	SPS-Wirtschaftskonzept
1. Planungsprozess - wichtigstes Organ - weitere Teilnehmer	Parlament Regierung, Betriebe, Gewerkschaften, Konsumentenorganisationen	Parlament Regierung (alle Ebenen), Betriebe, Branchenverbände, Parteien, Verbände Wirtschaftsrat (demokratisch gewählt)
- Planungsapparat - Rolle des Volkes	Planungskommission evtl. Referendum über Grundsatzfragen	Planbüro obligator. Referendum über Perspektiv- und Legislaturplan
2. Instrumente der Investitions- lenkung	im Konkurrenzsektor: - Lohnsummen, Investitions- und Gewinnsteuer - Investitionsfonds - strukturpolitische Kreditzuteilung im Infrastruktursektor: - Subventionen - direkte Auflagen - Investitionsfonds	allgemein: - zentral festgelegtes Verhältnis zwischen einbehaltenen und ausgeschütteten Einkommen - regionale Ausgleichsteuer speziell: - Subventionen - Lenkungsabgaben - direkte Auflagen - Kreditvergabe (Regionen, Branchen)

den direkten Steuern einen höheren Stellenwert ein als die SPS. Insgesamt besitzt es mehr und einschneidendere Instrumente. Allerdings dürfen auch hier die Unterschiede nicht überbewertet werden. Denn die direkten Steuern und der zentrale Investitionsfonds des Balcerowicz-Konzepts dienen letztlich demselben Zweck wie die Einkommenspolitik der SPS, nämlich der Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ob Konsum und Investitionen durch Steuern und Fonds oder aber durch eine Ausschüttungsquote besser gesteuert werden können, ist theoretisch wie praktisch eine offene Frage.

3.3 Einführungsdauer

Während das SPS-Wirtschaftskonzept langfristig orientiert ist und seine vollständige Einführung vermutlich 20–30 Jahre in Anspruch nehmen dürfte, schlägt die Balcerowicz-Gruppe eine geradezu radikal kurze Einführungsdauer für ihr Konzept vor. Nach einer Vorbereitungszeit von maximal einem Jahr «sollte man in einem Akt die wesentliche Mehrheit der verbleibenden Neuregelungen einführen, darunter vor allem

die entscheidenden Elemente der Reform . . .» Danach sollen noch Anpassungen und Ergänzungen folgen, vor allem durch Abbau von flankierenden Sicherungsmassnahmen und Erweiterung der Währungskonvertibilität.

Kapitel IV

Schlussbemerkungen

Die angesprochenen Unterschiede dürfen den Blick darauf nicht verstellen, dass die beiden Konzepte in ihren Grundelementen – dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, der innerbetrieblichen Selbstverwaltung und der Verknüpfung der Marktwirtschaft mit einer globalen Rahmenplanung – einander stark verwandt sind. Die einzelnen Unterschiede dürften zu einem guten Teil auf die unterschiedlichen «Ausgangsbedingungen» (hie krisengeschüttelte Zentralverwaltungswirtschaft, da hochentwickelter, sozial wirt-tasierter Kapitalismus) und die damit verbundenen Erfahrungen zurückzuführen sein. Insgesamt zeigt sich ein bis in die Details *erstaunliches Mass an* «Sy-

stemkonvergenz»: Die die wirtschaftlichen Reformvorstellungen aus mehreren kommunistischen Ländern Mitteleuropas und von sozialdemokratischen und sozialistischen Kreisen Westeuropas lassen sich mehr oder weniger auf denselben Grundtypus zurückführen. Neben den beiden diskutierten Konzepten können dafür die jugoslawische Selbstverwaltung, französische, bundesdeutsche und skandinavische Modelle, die Vorstellungen von Ota Sik und (mit Einschränkungen) die ungarische Wirtschaftsreform angeführt werden.

¹ Wirtschaftsreform in Polen: Der Entwurf aus der Hochschule für Planung und Statistik 1980, bearbeitet von Dr. Piotr Pysz, in: Dokumentation Ostmitteleuropa, Jg. 9, Heft 5/6, Marburg, Dezember 1983 (im folgenden zitiert als Konzept). Vgl. weiter NZZ Nr. 12 und 136 des Jahres 1981.

² Vgl. Pysz Piotr, Wirtschaftstreformdiskussion in Polen 1980–1981, in: Österreichische Osthefte, Jg. 25 (1983), S. 287–307.

³ Vgl. dazu das SPS-Diskussionspapier Wirtschaftskonzept und Selbstverwaltung aus dem Jahr 1979 (1. Auflage). Eine ausführliche und aktualisierte Fassung wird 1985 publiziert.

Ein Lehrstück der kapitalistischen Krisenbewältigung

Katalysator als Ablasshandel

Eine nichtgehaltene Rede von Kantonsrat Hans Fässler

Dank der Einführung der Katalysatortechnik zieht der Kapitalismus wieder einmal den Kopf aus der Schlinge, und wie jedesmal, wenn er dies tut, schlägt er daraus auch noch Profit. Oder, um es anders zu formulieren: Der Katalysator ist Balsam für die Seelen der vom schlechten Gewissen geplagten Autofahrer, das «Absolvo Te» für Um-

weltsünder kann nun für 1000 bis 2000 Franken käuflich erworben werden, und was wir in den kommenden Jahren erleben werden, ist nichts als ein widerlicher Ablasshandel. Dies ist die These, welcher der St. Galler SP-Kantonsrat Hans Fässler im folgenden nachgeht.

Die Ausgangslage ist doch die: Das Waldsterben hat breitesten

Bevölkerungsschichten drastisch vor Augen geführt, was die sogenannten «Öko-Pessimisten» schon seit Jahren unermüdlich wiederholt haben: dass unsere kapitalistische Industriegesellschaft auf dem Wege dazu ist, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören, dass es so einfach nicht mehr weitergehen kann. Denn wenn Bad Ragaz und